

## Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

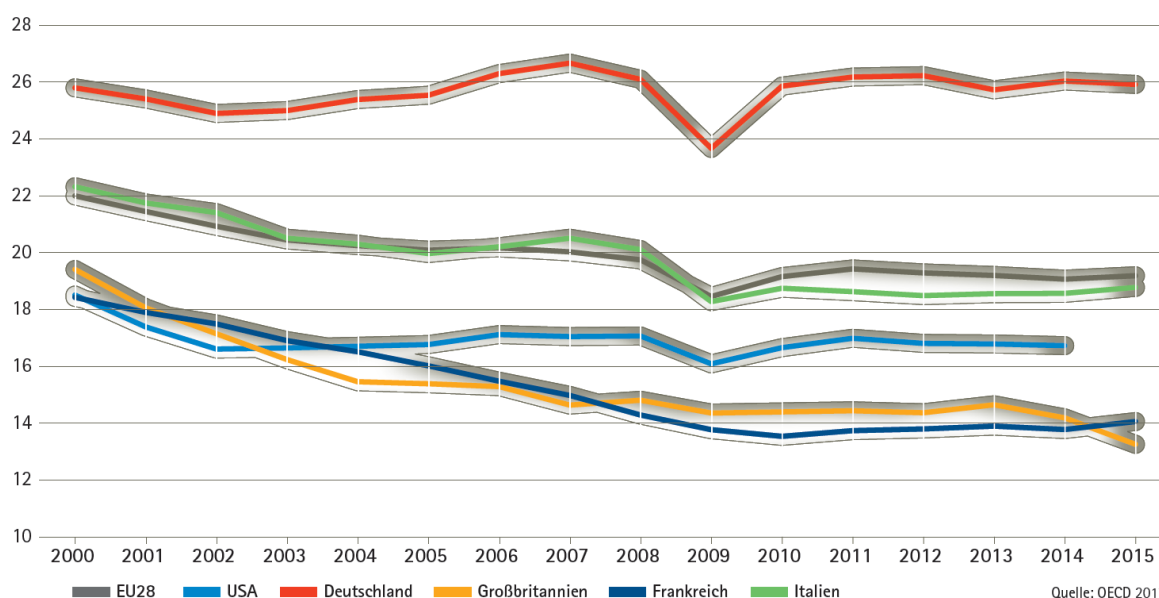
# INDUSTRIE: Wettbewerb sichern, Wachstumskräfte entfalten

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

## Industrie: Wettbewerb sichern, Wachstumskräfte entfalten

Um das Potenzial des Industriestandorts Deutschland auszuschöpfen, sollte die Politik die Standortfaktoren verbessern – und helfen, die Akzeptanz für Industrie zu stärken.

Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)



Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Investitions- und Innovationsstandort Deutschland stärken, Clusterpotenziale für die Industrie nutzen
- Gemeinsam die Herausforderung Industrie 4.0 angehen
- Versorgung mit Energie und Rohstoffen sicherstellen, dem Fachkräftemangel begegnen

## Investitions- und Innovationsstandort Deutschland stärken, Clusterpotenziale für die Industrie nutzen

**Industrie treibt Fortschritt voran, zu wenig Investitionen in Deutschland:** Mehr als 85 Prozent der privatwirtschaftlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) leistet die Industrie. Dabei entwickelt sie innovative Technologien, effiziente Verfahren und markiert oftmals die Basis von Wertschöpfungsketten. Sie trägt zur Lösung von Umweltproblemen und zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei. Deutschland nimmt weltweit Rang zwei beim Export forschungs- und entwicklungsintensiver Waren ein.<sup>1</sup>

Die Industrie erwirtschaftet in Deutschland fast ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes – mehr als in den meisten anderen Ländern. Der industrielle Kern ist auch Basis für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und formt damit das Netzwerk Industrie. Die Stärke der hiesigen Industrie ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Auch in der Vergangenheit gingen einstige Vorzeigebereiche – wie z. B. die Unterhaltungselektronik oder die Solarindustrie – weitgehend verloren. Substanz belastende Elemente des Steuerrechts sind ein großes Investitionshemmnis für Unternehmen.<sup>2</sup> Auch fehlen in vielen Regionen Industrie- und Gewerbeflächen, vor allem an infrastrukturell attraktiven Standorten. Auf öffentlicher Seite besteht im internationalen Vergleich ein Rückstand bei Investitionen in Energie-, Verkehrs- und Breitbandnetze. Der Investitionsstau mit seinen Folgen für die Infrastruktur schwächt die Qualität des Standorts Deutschland gerade für die Industrie.

**Was zu tun ist:** Im Steuerrecht sollte die Politik Investitionsbremsen lösen und Hürden für die Gründung neuer Industrieunternehmen senken. Besonders für die Industrieunternehmen ist dabei wichtig, die Substanzbesteuerung zu beenden, die degressive AfA wieder einzuführen und den Markt für Beteiligungskapital zu beleben. Eine steuerliche Forschungsförderung sollte sich in eine umfassende Steuerreform einfügen und darf nicht zu Lasten der bewährten themenoffenen Projektförderung gehen.

Auch ist eine höhere Akzeptanz für den Industriestandort nötig – insbesondere für den unternehmensgerechten Aus- und Umbau der Infrastruktur und für die Produktion allgemein. Politik, Medien, Schulen und Universitäten sollten zusammenarbeiten, um die Aufgeschlossenheit gegenüber technologischem Fortschritt in allen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern. Die IHK-Organisation unterstützt als Partner die aktuelle Industrie-Akzeptanzoffensive des Wirtschaftsministeriums.

Wichtig wäre auch, attraktive Ansiedlungsflächen mit international wettbewerbsfähigen Konditionen zu schaffen. Gewerbe- und Industrieflächen sollten die Bedürfnisse der sich immer stärker spezialisierenden Betriebe berücksichtigen.

Clusterpolitik sollte die Industriepolitik ergänzen. Sie kann Forschung, Innovation sowie unternehmerische Dynamik fördern. Erfolgreiche Cluster lassen sich aber nicht politisch verordnen, sondern brauchen mittel- und langfristig selbsttragende Strukturen. Basis politischer Aktivität auf diesem Feld sollten dabei die Bedürfnisse und Aktivitäten der Unternehmen vor Ort sein („Bottom-

---

<sup>1</sup> Siehe Bundesbericht Forschung und Innovation, Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), 2016.

<sup>2</sup> Siehe DIHK-Umfrage „Industriestandort Deutschland: Risse im Fundament“, 2014.

up“-Ansatz). Eine Clusterförderung (z. B. für ein Clustermanagement) sollte zeitlich begrenzt und degressiv ausgestaltet sein.

### **Gemeinsam die Herausforderung Industrie 4.0 angehen**

**Gute Startbedingungen für Industrie 4.0:** Die deutsche Industrie ist mit ihrem erstklassigen Maschinen- und Anlagenbau, der weltweit führenden Automatisierungstechnologie und dem ausgewiesenen Know-how bei der Systemintegration der Ausstatter der „Werkstätten“ der Welt. Die hiermit verbundene gute Marktstellung und umfassende Kompetenz prädestiniert deutsche Unternehmen als Entwickler, Anbieter und Leitanwender von Industrie 4.0. Allerdings besteht derzeit die Gefahr, dass kleine und mittlere Unternehmen den technischen Innovationen nicht folgen und den Anschluss verpassen.

**Was zu tun ist:** Damit Industrie 4.0 gelingt, müssen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft/Forschung gemeinsam die richtigen Weichen stellen. Sie sollten dabei ein besonderes Augenmerk auf leistungsfähige digitale Infrastrukturen, auf die Qualifizierung der Mitarbeiter und Unternehmer, auf die Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten und deren Finanzierung sowie auf die Vernetzung der Marktteilnehmer legen. Auch Rechtssicherheit ist für die Unternehmen wichtig, z. B. bei der Haftung – so sind in automatisierten Abläufen natürliche Personen als Auslöser einer Handlung oftmals schwer zu identifizieren. IHKs, Politik, Wissenschaft und andere Akteure müssen Unternehmen, insbesondere KMU, stärker für die Chancen neuer Geschäftsmodelle, Dienstleistungen und Kooperationen mit Startups sensibilisieren, denn Industrie 4.0 ist mehr als die Digitalisierung von Produktionsprozessen und Produkten. Die Arbeit der Plattform Industrie 4.0 unter Beteiligung der IHK-Organisation ist dabei ein wertvoller Beitrag.

### **Versorgung mit Energie und Rohstoffen sicherstellen, dem Fachkräftemangel begegnen**

**Energiekosten und Fachkräftemangel sind gerade für die Industrie große Geschäftsrisiken:** Fast die Hälfte der Industrieunternehmen sieht 2017 in steigenden Energiepreisen ein Risiko für seine Geschäftsentwicklung.<sup>3</sup> Diese Kosten hemmen Investitionen und führen zunehmend zu Produktionsverlagerungen.<sup>4</sup> Neben Sorgen um die Arbeitskostenentwicklung ist der Fachkräftemangel ein Engpass für viele Industriebetriebe. Durch den starken Trend zur Akademisierung gilt das besonders für Fachkräfte aus der dualen Berufsausbildung.

**Was zu tun ist:** Unternehmen brauchen eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die besonderen Belastungen energieintensiver Industrien, die im internationalen Wettbewerb stehen, sollten dabei auch in Zukunft berücksichtigt werden. Auch sollte die Politik internationale Rohstoffabkommen mit transparenten Regelungen für die Ex- und Importländer vorantreiben. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sollten Wirtschaft und Politik noch stärker für die duale Ausbildung und MINT-Berufe werben.

---

<sup>3</sup> Siehe DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2017 „Exportschub trotz politischer Risiken“, 2017.

<sup>4</sup> Siehe DIHK-Umfrage „Auslandsinvestitionen in der Industrie“, 2016.

**Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:**

- Roadshow „Industrie [4.0@Mittelstand](#) in Kooperation mit der Plattform Industrie 4.0 sowie Bereitstellung einer Vielzahl von Informationen und Leitfäden im Internet.
- Initiativen für mehr Akzeptanz des Industriestandortes Deutschland.
- Unterstützen von Clusternetzwerke von KMU und Forschungseinrichtungen, die Gemeinschaftsprojekte und Technologietransfer verstärken.
- Stärkung des industriebezogenen Wissens- und Technologietransfer, insbes. im Rahmen der digitalen Transformation.
- Engagement im „Bündnis Zukunft der Industrie“ des Bundeswirtschaftsministeriums und zahlreicher Verbände und Gewerkschaften.